1. **So ist wirklich kein Staat zu machen**
   Wer wie Hartmut Möllring, der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder, die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaft in Stellung bringen will, der spielt mit falschen Karten.
   Quelle: Bayerischer Rundfunk [PDF – 24 KB]
2. **Städte fürchten US-Investoren**
   Viele Städte verkauften ihre Infrastruktur an amerikanische Geldgeber – und müssen jetzt bei jeder Baumaßnahme Angst vor deren Schadenersatzforderungen haben
   Quelle: TAZ
3. **Selbstmörderischer Kapitalismus**
   Manager jagen viel zu hohen Profitzielen hinterher und bedrohen damit das Wirtschaftssystem. Diese provokative These stellte der französische Ökonom Patrick Artus in seinem jüngsten Bestseller auf. Da langfristige Investitionen normalerweise nicht die geforderten Margen abwerfen können, werden sie schlicht unterlassen – mit verheerenden Folgen für Wachstum und Beschäftigung.
   Quelle: Frankfurter Rundschau

   Kommentar: Heiner Flassbeck schrieb zu den hohen Renditeforderungen vor einem Jahr: „Es ist sicher nicht unmoralisch, seine Rendite massiv zu steigern, wenn man ein besonders gefragtes neues Produkt entwickelt oder wenn man eine Erfindung macht, mit der vorhandene Produkte viel billiger hergestellt werden können. … Freilich, ob die Deutsche Bank in diese Kategorie von Unternehmen gehört, ist fraglich. Wenn jemand nichts erfindet und erfolgreich vermarktet, also nicht überproportional zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beiträgt und doch eine weit höhere Zuwachsrate anstrebt als das eine Prozent mehr, das für alle da ist, dann muss er anderen etwas wegnehmen, um auf den angestrebten Einkommenszuwachs zu kommen.“
   Quelle: [PDF – 52 KB]

4. **Wie Wolfgang Clement seinen Ruf beschädigt**
   Mit jedem neuen Fall der Kapitalisierung von Polit-Laufbahnen rutscht die Akzeptanz der Politik in der Gesellschaft weiter in den Keller. – Wolfgang Clement hat in seinen Regierungsämtern mit dem von ihm durchgesetzten Braunkohle-Vorrang unmittelbare RWE-Interessen befördert. Das aber disqualifiziert ihn zumindest auf Zeit für die Übernahme von Ämtern bei dem Essener Konzern. Dadurch, dass er das bezahlte RWE-Aufsichtsratsmandat dennoch antritt, beschädigt Wolfgang Clement selbst seine politische Leistungsbilanz.
   Quelle 1: Berliner Zeitung
   Quelle 2: Berliner Zeitung

5. **Kahls Kampf gegen das "Opel-Imperium"**
   Der unabhängige Betriebsrat Eugen Kahl streitet vor dem Darmstädter Arbeitsgericht auf Zutritt zum Rüsselsheimer Opelwerk. Das hatte ihn rausgeschmissen. Kahl fühlt sich von der IG Metall in eine Falle gelockt – weil diese Konkurrenz fürchtet.
   Quelle: TAZ
6. In Finnland dürfen jetzt auch Polen arbeiten
   Als vierter EU-Staat hebt Finnland Arbeitsbeschränkungen für Osteuropäer auf, obwohl die Arbeitslosenrate hoch ist.
   Quelle: TAZ

   Kommentar: Im Unterschied zu Deutschland wird für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 3,9 Prozent erwartet. Matti Viialainen, Vorsitzender des Gewerkschaftsdachverbands FFC: "Hier entstehen ständig neue Arbeitsplätze, tatsächlich gibt es schon Bereiche mit Arbeitskräftemangel."
7. **Verkalkuliert**
   Während der Streik bei AEG hoffnungslos eskaliert, darf die Frage gestellt werden, ob sich Elektrolux mit seiner Verlagerungsstrategie nicht verkalkuliert hat. Jedenfalls setzt der koreanische Haushaltsgeräte-Konzern gerade einen Kontrapunkt , indem es in Stuttgart das erste Forschungslabor für Haushaltsgeräte außerhalb Koreas etabliert – mit der Bemerkung, in der Branche habe man sich viel zu wenig um Innovationen gekümmert und nur auf Preiskonkurrenz gesetzt.
   Quelle: Frankfurter Rundschau
8. **Böckler Impuls 03/2006**
   Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

   Die Rückkehr der Klassengesellschaft
   Dass die Armut in Deutschland seit den 70er-Jahren langsam, aber stetig zunimmt, ist vielfach belegt. Experten streiten aber, wer wie lange von Armut betroffen ist. Eine Trendanalyse zeigt: Armut verfestigt sich zunehmend dauerhaft unter Arbeitern.
   Zur Quelle 1
   Zur Quelle 2 [PDF – 80 KB]

   Therapie mit Nebenwirkungen
   Die Rente mit 67 soll nach dem Willen der Bundesregierung früher kommen als bislang geplant. Faktisch kürzt das die zu erwartenden Rentenzahlungen der zukünftigen Rentner. Von der Verlängerung der Regelarbeitszeit besonders betroffen: die gering Qualifizierten.
   Zur Quelle 1

Zur Quelle 2 [PDF – 108 KB]